

Will man die Au erhalten, muss man die BUGA ablehnen

Der OB rudert in Sachen See auf der Au schon zurück, um sich die Kooperation der Umweltverbände zu erkaufen. Hierin ist er allerdings erfreulicherweise gescheitert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass ein See gepflegt werden müsste, was aus Kostengründen sicherlich nicht in ausreichendem Maße geschehen würde. Es besteht die Möglichkeit einer Stechmückenbrutstätte für die umliegenden Wohngebiete.

Die Au anzutasten ist aus unserer Sicht völlig unnötig, sie wird derzeit von Kleingärtnern, Bauern und Umweltverbänden gleichsam kostenlos in ihrem Zustand erhalten. Zu behaupten, dass die Gärten der Kleingärtner nicht sonderlich einladend seien, ist angesichts des Zustands mancher städtischer Anlagen eine üble Nachrede. Die Kleingärtner haben außerdem schon urbanes Gärtnern betrieben, bevor sich ein Texter diesen geschwollenen Begriff ausgedacht hat. Man muss sich an diesem Beispiel wieder einmal fragen: kann der Mensch, auch der Politiker nicht wenigstens ab und zu mal von etwas, was intakt ist, einfach die Finger weglassen?

Tatsache ist, dass die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) darauf besteht, die Feudenheimer Au einzubeziehen. Das bedeutet, die Stadt muss die Au in eine BUGA integrieren, ob sie will oder nicht.

Das Umweltforum forderte von Anfang an, keine BUGA in der Au, und dabei ist es auch trotz des Gesprächs mit dem OB geblieben. Dass dies ein Nein beim Bürgerentscheid bedeuten muss, weiß wohl jeder logisch denkende Mensch.

Der Bürgerentscheid und die damit verbundene Mobilisierung der Bürger sind das einzig Positive bei dieser unrühmlichen Geschichte. Und wir können feststellen, dass das Thema die Bürgerinnen und Bürger sehr bewegt und die Mehrheit sich gegen eine BUGA äußert. Gartenschau-Chef Sandner von der DBG bezweifelt dies. Er ist darüber irritiert, dass es überhaupt einen Bürgerentscheid geben wird und meint, dass eine Bürgerinitiative wohl kaum für die ganze Bevölkerung sprechen kann. Aber am 22.9. entscheiden nicht irgendeine BI, sondern alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger.

Das Verhalten der Befürworter der BUGA um OB Kurz seit Ankündigung des Entscheides ist einem demokratischen Prozess jedoch nicht angemessen.

Städtische Angestellte werden auf die Sache eingeschworen und finden sogar bei Ihren Gehaltszetteln entsprechende Aufforderungen vor – ist das demokratisches Gebaren?

Im offiziellen Mitteilungsblatt der Stadt (Amtsblatt) werden jede Woche neue potenzielle Profiteure einer BUGA vorgestellt: einmal sind es die Skater, dann die Radfahrer, dann die Sportler und dann die Kleingärtner. Zuletzt wird behauptet, die BUGA schafft Freiland für Bürger.

Das alles hat nichts mit der BUGA zu tun, sondern mit dem Umstand, dass die Militärflächen frei werden.

Dem Leser soll dadurch suggeriert werden, dass solche Nutzungsmöglichkeiten nur durch die BUGA gewährleistet sind. Die Konversion mit der BuGa bewältigen zu wollen, halten wir für einen gefährlichen Irrweg.

Es werden erhebliche Steuergelder für Werbemedien in eigener Sache ausgegeben.

Während Bürgerinitiativen Flugblätter mit Spendenmitteln drucken, ehrenamtlich verteilen und an einfachen Ständen vorhalten, beauftragt die Stadt mit öffentlichen Mitteln Messebauer für ihre Stände – ist das ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln?

„Wir sind für eine lebenswerte, nachhaltige Stadtentwicklung und vor allem für den Grünzug Nord-Ost. Das hängt jedoch vor allem von einer funktionierenden Infrastruktur und nicht von einem kurzfristigen Gartenschau-Event ab, wie die Befürworter einer BUGA argumentieren“, meint Ursel Risch.

„Auch wir sind der Ansicht, dass Mannheim durch die Umwandlung von ehemaligen

Militärflächen noch lebenswerter und schöner werden kann und muss. Wir sehen in der Konversion daher eine große Chance, die unsere Stadt zu ihrer dynamischen Weiterentwicklung nutzen sollte. Aber wir verstehen nicht, warum wir dazu eine Bundesgartenschau brauchen und damit ein großes finanzielles Risiko eingehen müssen“, ergänzt Gerd Heidenreich.